



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2261/2014**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 24.06.2014

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Michael Janitzki, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Sport und Integration		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

Wohnungsmangel in Gießen

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 23.06.2014 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, geeignete Maßnahmen zur Behebung des Wohnungsmangels in bestimmten Bereichen Gießens zu ergreifen.

Erklärtes Ziel muss sein,

- die Kaltmieten der 500 Sozialwohnungen in Gießen, die bis 2018 aus der Belegungsbindung fallen werden, einzufrieren und
- den Bestand an Sozialwohnungen für Ein- und Zwei-Personen-Haushalte, die den Kriterien für Hartz-IV-Empfänger entsprechen, in den nächsten drei Jahren um mindestens 50 Wohnungen jährlich zu vergrößern.

Weiterhin ist zu prüfen, ob und wie Investoren verpflichtet werden können, bei Bauvorhaben mit einer größeren Anzahl von Wohnungen einen bestimmten Anteil von Sozialwohnungen, die den Kriterien für Hartz-IV-Empfänger entsprechen, zu errichten.“

Begründung:

Mit dem Antrag auf Einführung einer Mietpreis-Bremse in Gießen signalisiert der Magistrat endlich ein Umdenken in der Wohnungspolitik. Denn er unterschreibt und erkennt an, dass Gießen zu den Gemeinden in Hessen gehört, „ in denen die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen

Bedingungen besonders gefährdet ist“, wie es in der entsprechenden Verordnung des Landes lautet. Bisher hatte der Magistrat keine Wohnraumprobleme gesehen. Aber auch die Studie des Institut Wohnen und Umwelt (IMU) zum Wohnungsmarkt in Mittelhessen kam vor gut einem Jahr zu dem Ergebnis, dass Gießen bei den Mietsteigerungen eindeutig an der Spitze läge und hier immer weniger Wohnungen auf dem Markt angeboten würden, die den Kriterien für Hartz-IV-Empfänger entsprächen. (GAZ 25. 4. 13)

Die Mietpreis-Bremse ist ein richtiger, wenn auch kleiner Schritt. Sie muss von weiteren Maßnahmen begleitet werden, die direkt den Mangel an kleinen und bezahlbaren Wohnungen in Gießen angehen.

Michael Janitzki